

105533

Første møte av det NASJONALISTISKE AKADEMI FOR FOLKERETT.

Federico Nielsen Reyes, Bolivien.

DER NATIONALISMUS IM SPIEGEL DES AMERIKANISCHEN VÖLKERRECHTES

Es besteht kein Zweifel daran, dass es den Nationalismus bei allen Völkern immer und überall gegeben hat, lebt doch in den Menschen sowohl als auch in ihren Sitten und gebräuchen stets das latente Bewusstsein einer blutmässigen Gemeinschaft, einer gemeinsamen Herkunft.

Die Tendenz des Interantionalismus, unter Nichtachtung des durch Ueberlieferung geheiligten Brauchtums eine weltumspannende Vereinheitlichung der Lebensformen zu schaffen, ist und bleibt utopisch, vor allem weil sie zutiefst kulturfeindlich und somit gegen das vom Internationalisten angestrebte "Glück der Menschheit" wirkt.

Ueber dem absterbenden liberalistischen Zeitalter, beginnt allenthalben im Staatenleben der Gegenwart, ein jugendstarker Nationalismus aufzukeimen, ein Nationalismus, der nach Vollendung nach innen und Verstehen und Verstandenwerden vor der Aussenwelt strebt, sodass er in keiner Weise als Ueberhebung einer Nation gegenüber einer anderen ausgelegt werden kann. Aus der Erkenntnis, Verkündung und Anwendung dieser ethischen Grundlagen des Nationalismus erwächst dann die ideale Gestaltung eines ORGANISCHEN UNIVERSALISMUS, von dem Dr. Hans K. E. L. Keller in seinen Schriften spricht und der - wie der Autor beweist - nicht das geringste mit jüdisch-kommunistischem, vatikanischem oder freimaurerisch-pazifistischem Internationalismus zu tun hat.

Bolivar, der grosse politische Hellscher Lateinamerikas, hatte sich nach Vollendung seines ungeheuren Freiheitswerks, der Lostrennung der südamerikanischen Länder von Spanien, für die von ihm befreiten Staaten niemals irgend einen Segen durch das parlamentarische System erwartet, es schwebte ihm vielmehr eine "Regierung der Persönlichkeit" vor, die kraft ihrer natürlichen Befähigung volle Autorität geniessen sollte. Er war der Meinung, dass an der Spitze des staatlichen Ver-

waltungsapparates ein Mann stehen müsse, der in Hingebung an die Sache des öffentlichen Wohles, eine lebendige Verkörperung seines Vaterlandes darstelle. Also mit Homer: "Nicht gut ist die Vielherrschaft; einer soll herrschen; einer soll König sein."

Mit Recht sah Bolivar in der Vielherrschaft des parlamentarischen Systems den Ausgangspunkt der politischen Anarchie. "Die Güte einer Regierung" - sagte er - "liegt nicht in ihrer Theorie oder in ihrem Mechanismus, sondern in ihrer Eignung, welche der Natur und dem Charakter der Nation, für welche sie gegeben ist, entspricht". Und er fügte hinzu: "Das vollkommenste Regierungssystem ist jenes, welches das grösstmögliche Glücksquantum, die grösste soziale Sicherheit und die grösste politische Stabilität gewährleistet". Bei den verschiedensten Gelegenheiten trat er für den "präsidenten auf Lebenszeit" ein.

Bolivar wirkte vor mehr als hundert Jahren. Aber erst jetzt deutet man in Lateinamerika seine politische Ideologie, die seinem Zeitalter weit voraus war. Der namhafte venezolanische Historiker und Diplomat Dr. Laureano Vallenilla Lanz hat in seinem Werk "Demokratischer Cäsarismus" die Tragweite der Ideen Bolivars aufgezeigt. Vallenilla Lanz ist ein echter Vertreter des südamerikanischen Nationalismus. Er gesteht, dass er mit seinem Buche nichts anderes bezwecken wollte, als die Erweckung des Nationalgefühls in den lateinamerikanischen Ländern.

Die Idee des Nationalismus in Lateinamerika, findet ihren beredtesten Ausdruck in dem sogenannten Amerikanischen Völkerrecht das im Laufe eines Jahrhunderts eigenen Formen angenommen hat. Auch hier bildet der grosse südamerikanische Befreier Simon Bolivar den Ausgangspunkt unserer Betrachtungen. Kehren wir also im Geiste zum 2. Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts zurück, zu dem Zeitpunkt, da Lateinamerika eben aufgehört hatte, Kolonialland zu sein

"Die neue Welt soll von freien und unabhängigen Völkern gebildet werden, die durch gemeinsame Gesetze unter sich verbunden sind", sagte Bolivar, erfüllt von dem Wunsche, auf festem Fundament die Idee der kontinentalen Solidarität zu errichten. Bolivar hatte Völker erlöst und Nationen geschaffen; aber sein klare Voraussicht - wie sie genialen Männern eigen zu sein pflegt - liess ihn erkennen, dass dies nicht hinreichen würde, um das Glück der neuen Staaten zu sichern. So kam es, dass er sich dazu entschloss, die Früchte seiner inneren Schau, schriftlich als politische Anregungen niederzulegen, Anregungen, welche später durch das ihnen anhaftende Genialische für die Nachwelt wirksam wurden und blieben.

Angeregt durch Bolivar, fand im Juni 1826 der berühmte "Kongress von Panama" statt, an dem die Bevollmächtigten einer Reihe von lateinamerikanischen Staaten teilnahmen und auf dem u.a. die Lösung internationaler Konflikte durch Schiedsgericht beschlossen wurde. Ausserdem einigte man sich in bezug auf die eventuelle Gefahr eines ausserkontinentalen Angriffes auf gegenseitige Hilfeleistung. Der Kongress von Panama war - wie Bolivar selbst sagte - der Grundstock des amerikanischen Völkerrechtes.

Dieses Völkerrecht fand im Laufe der Jahrzehnte eine Reihe von Umwandlungen, an denen mehrere panamerikanische Konferenzen mitwirkten. So wurde allmählich die panamerikanische Konferenz von Washington Tradition und verblieb als feststehende Einrichtung bis in unsere Tage. Auf ihr werden regelmässig alle vier Jahre die in der Zwischenzeit akkut gewordenen Probleme kontinentaler und ausserkontinentaler Bedeutung erörtert.

Wir wollen nun in der Folge drei bedeutende Punkte aufzeigen, die mit der Arbeit der Panamerikanischen Konferenzen eng verknüpft sind und durch welche eine weitere Ausgestaltung des amerikanischen Völkerrechtes ermöglicht wurde. Diese Punkte sind:

1) Die DRAGO-PRINZIP, welche die Unzulässigkeit der zwangsweisen Beitreibung der internationalen Schulden vertraglichen Ursprungs festlegt. Dieses Prinzip erschien als eine natürliche Reaktion gegen gewisse unangenehme Ereignisse dessen Opfer das Land Venezuela war von Seiten verschiedener europäischer Staaten zu Beginn dieses Jahrhunderts.

2) Die CONDRA-ABMACHUNG wonach bei entstandenen Konflikten unter zwei oder mehr beteiligten amerikanischen Staaten, die fragliche Angelegenheit einer Untersuchungskommission unverzüglich zu unterbreiten ist. Die Vertragspartner verpflichten sich keine kriegsmässigen Vorbereitungen zu treffen oder irgendwelche feindliche Handlungen auszuführen solange die Untersuchungskommission zusammentritt und seine Arbeit noch nicht abgeschlossen ist.

Der dritte Punkt bezieht sich auf die Abmachung über maritime Neutralität und über die Verpflichtungen und Rechte der Neutralen. Die Abmachung enthält fundamentale Begriffe des modernen Völkerrechtes und lautet:

"Die neutralen Staaten sind nicht verpflichtet den Transitverkehr von Waffen und Munition zu verhindern und müssen sie zulassen, wenn sich zwei amerikanische Nationen im Krieg befinden und einer von ihnen vom Meere abgeschlossen ist und keine andere Möglichkeit hat, sich mit Kriegsmaterial zu versehen. Es wird vorausgesetzt, dass dadurch die lebenswichtigen Interessen des Landes nicht verletzt werden dessen Transiterlaubnis erbeten wird.

Für August dieses Jahres steht eine grosse Paname - rikanische Konferenz in Buenos Aires bevor. Sie wird auf Anregung des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt und in vollem Einvernehmen mit allen lateinamerikanischen Regierungen stattfinden. Fast alle diese Staaten haben Punkte zur Tagesordnung gestellt. Mit das bahnbrechendste Kapitel dieser Konferenz dürfte das der "PRINZIP DER NICHTANERKENNUNG TERRITORIALER BESITZERGREIFUNGEN DURCH ANWENDUNG VON GEWALT" werden.

Dieses Prinzip - ursprünglich Stimson-Doktrin genannt - wurde am 3. August 1933 feierlichst von 19 panamerikanischen Staaten in Washington unterzeichnet, und zwar zu Beginn des Chaco-Krieges zwischen Bolivien und Paraguay. Die Konferenz von Buenos Aires will - wie amtlich verkündet wurde - aus diesem Prinzip einen festen Grundsatz des amerikanischen Völkerrechtes machen.

Ein anderer höchst interessanter Punkt auf der Tagesordnung dieser Konferenz wird die "Ablehnung bewaffneter Auseinandersetzungen überhaupt" sein. Ein ständiger Panamerikanischer Bund soll zur Schlichtung jeder Art von Meinungsverschiedenheiten ermächtigt werden. Die Schaffung dieses Bundes würde praktisch die Loslösung Lateinamerikas aus dem Großen Völkerbund bedeuten.

Obgleich die einzelnen lateinamerikanischen Staaten sich innerpolitisch noch nicht zum wahren nationalen Sozialismus mit allen seinen Konsequenzen durchgeszwungen haben, zeigen sie doch aussenpolitisch eine deutliche Richtung im nationalistischen Sinne.

-----